

„Die Chance für ein anspruchsvolles Programm wird wieder kommen“

Ein Gespräch mit dem ehemaligen SWF-Intendanten Willibald Hilf

Sie schreiben keine roten Zahlen mehr, ihre Position am Fernsehmarkt scheint gefestigt, ihre Einschaltquoten können sich sehen lassen, ihre z. T. umstrittenen Programme sind nicht ohne Rückwirkungen auf das Programm öffentlich-rechtlicher Anstalten geblieben – mit einem Wort: die privaten Fernsehanstalten haben die Rundfunklandschaft in Deutschland nachhaltig verändert. Über Lage und Entwicklung des dualen deutschen Rundfunksystems sprachen wir mit dem ehemaligen Intendanten des Südwestfunks, Willibald Hilf. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Hilf, im Zusammenhang mit der Entwicklung der elektronischen Medien, vor allem des Fernsehens, wird gegenwärtig vielfach von Strukturwandel gesprochen, vom „Wendepunkt“, den das duale deutsche Fernsehsystem erreicht habe. Was ist eigentlich so überraschend neu an den gegenwärtigen Vorgängen? Die Entwicklung, die das duale Fernsehen in Deutschland gegenwärtig nimmt, war doch immerhin weithin vorzusehen ...

Hilf: Die Entwicklung, die wir gegenwärtig feststellen, war in der Tat seit langem vorzusehen. Ich erinnere mich, daß ich sie bereits 1975 als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder auf der Internationalen Funkausstellung Berlin in etwa so beschrieben habe. Diskutiert wurden damals die technischen Öffnungen. Postminister *Schwarz-Schilling* war einer ihrer wichtigsten Promotoren, aber erste Bestrebungen gingen bereits auch von der damaligen sozialliberalen Koalition aus. Schon Postminister *Gscheidle* forcierte die Entwicklung, der Bundespost möglichst viele Verbreitungswege für elektronische Medien zu öffnen. Satellitenfernsehen und Verkabelung deuteten sich damals an. Nicht nur Intellektuelle wie etwa *Heinrich Böll*, sondern auch Politiker schalteten sich in diese Diskussion ein und fragten: Welchen Wertbeitrag kann und soll Kommunikation für die Gesellschaft leisten? Sie warnten davor, die Büchse der Pandora zu öffnen. Die Entwicklung im Fall einer tatsächlich weiten Öffnung für jedermann, elektronische Kommunikation verbreiten zu können, war – siehe Amerika – weithin abzusehen.

HK: Hatte die Politik überhaupt eine reale Alternative zu dem, was schließlich eingetreten ist, nämlich den Markt für private Anbieter aller Art zu öffnen? Oder anders gefragt: Was hat eigentlich den Ausschlag gegeben: das medienpolitische Wollen oder die technischen Sachzwänge bzw. die neuartigen technischen Möglichkeiten in der Übertragungstechnologie?

Hilf: Die technischen Möglichkeiten waren sicher der erste Faktor. Sehr schnell kam aber ein weiterer Faktor hinzu. Die konservativen Politiker in den Ländern sahen die Möglichkeit, mehr Pluralität, mehr Meinungsfreiheit gegenüber dem an-

geblichen linkslastigen Spektrum innerhalb der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – und im Grunde auch darüber hinaus der gesamten Intelligenz, der überwiegenden Zahl der Journalisten – zu schaffen. Die Politik witterte die Gelegenheit, ein für sie vorteilhafteres Gegengewicht zur damals bestehenden veröffentlichten Meinung schaffen zu können.

„Die Wirkung auf das politische Bewußtsein und das Wahlverhalten wurde überschätzt“

HK: Wir haben zwar jetzt mehr Programme – aber daß wir auch mehr Meinungsfreiheit hätten, wird kaum jemand ernstlich behaupten. Konnte es deshalb nicht dazu kommen, weil die neuen Medien andere inhaltliche Schwerpunkte setzten, als man erhofft hatte? Oder lag es mehr am Wandel des die Politik lange Zeit beherrschenden Antagonismus von links und rechts? Oder hatte es vielleicht eher damit zu tun, daß das Fernsehen generell an Autorität einbüßte?

Hilf: Der Verlust an Autorität des Mediums war sicher von großer Bedeutung. Man erwartete, daß durch eine Vermehrung von Programmangeboten der einzelne öffentlich-rechtliche oder private Kanal nicht mehr die entscheidende Rolle spielen würde, wie man sie zu beobachten geglaubt hatte. Wo bei die Wirkung der beiden großen öffentlich-rechtlichen Programme ARD und ZDF auf das politische Bewußtsein bzw. das Wahlverhalten sicher überschätzt wurden. Die Wahlergebnisse zeigen, daß selbst in traditionell von der SPD beherrschten Ländern je nach der politischen Konstellation und je nach den Protagonisten der einen oder anderen politischen Richtung Wahlen kaum ernstlich zu beeinflussen waren.

HK: Das Fernsehen wurde noch in den 70er Jahren viel stärker als gesellschaftlich und kulturell integrativ wirkender Faktor angesehen, und es haftete ihm der Ruf des Quasioffiziellen, Halbstaatlichen an. Lag das daran, daß das Fernsehen immer noch ein relativ neues Medium mit wenigen Kanälen war, oder eher eine Folge seiner öffentlich-rechtlichen Verfaßtheit?

Hilf: Da hat sicher beides mithineingespielt. Das Fernsehen besaß in der Tat diese Glorie des Halboffiziellen. Die Tageschau war eine Institution. Andererseits wurde die Wirkung dieser Aura doch auch vielfach überschätzt, mit anderen Worten: die Einflußnahme, die auf Grund dieser Aura möglich gewesen sein soll. Eines sollte man aber in diesem Zusammenhang nicht vergessen: Die Zeiten, in denen das Fernsehen noch diesen Nimbus besaß, waren zugleich Zeiten, in denen die gesellschaftlichen Strukturen andere waren. Es handelte sich im Grunde um eine andere Gesellschaft mit gefestigteren Strukturen. Folglich war auch das Faszinosum des neuen Mediums Fernsehen in festere Strukturen eingebunden. Die Freizeitkultur bzw. die Kultur der Selbstverwirklichung von heute und der Entautorisierung begann sich Ende der 60er Jahre erst in Umrissen abzuzeichnen.

HK: Auch in der Politik beklagt man sich heute gerne über das inzwischen erreichte Maß an Gewaltdarstellungen und an Banalisierung und Sexualisierung des Fernsehprogramms. Betrachtet man den massiven Einsatz zugunsten der Zulassung privater Anbieter auf dem Fernsehmarkt in den 80er Jahren, mutet da nicht manches Beschwören von Ethik und Moral heute heuchlerisch an?

Hilf: Durchaus. Das Problem war damals: Die Vielzahl der Möglichkeiten bei der Programmentwicklung im Unterhaltungsbereich wurde nicht wirklich realisiert, und dies, obwohl man es von den amerikanischen Erfahrungen auf diesem Gebiet hätte wissen können. Der Wandel des Zuschauers vom Kommunikationspartner zum Konsumenten und zum Objekt kommerzieller Interessen war vorgezeichnet. Eine Vermehrung der Programme mußte notwendigerweise zu verstärkter Konkurrenz führen. Der einzelne Programmanbieter ist folglich gezwungen, durch möglichst viel Skandalisierung gesellschaftlicher Prozesse, durch Gewalt und Pornographie möglichst hohe Einschaltquoten anzustreben. Mit Hilfe von Kabelpilotprojekten sollten zunächst in einem begrenzten Kreis von Zuschauern die Auswirkungen einer Vermehrung von Programmen erprobt werden – Auswirkungen nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die Presse, das Freizeitverhalten usw. Voraussetzung für den Erfolg dieser Erprobungsphase hätte jedoch ein gewisser Stillstand in der Entwicklung sein müssen. Aus Standort-, in gewisser Weise aber auch aus Machtüberlegungen heraus wurde dieses Konzept schließlich über den Haufen geworfen.

HK: Andererseits noch einmal die Frage: Hätte die Politik wirklich die Möglichkeit gehabt, in der Medienentwicklung einen deutschen Sonderweg zu beschreiten? Eines der vielgehörten Argumente in dem Zusammenhang war doch: Wenn die Deutschen den Einstieg in das Zeitalter der elektronischen Medien nicht selbst gestalten, dann kommt dies Zeitalter eben in unkontrollierten Bahnen via Satellit von außen ...

Hilf: Dieses Argument ist zwar richtig. Andererseits sollte nicht übersehen werden, daß die europäischen Länder durchaus unterschiedliche Wege gegangen sind. In Frankreich hat

man sich beispielsweise der Verkabelung widersetzt – aus welchen Gründen auch immer. In Deutschland hat sich dies teure Unternehmen unterdessen als große Fehlinvestition herausgestellt. Die Kunden greifen heute lieber gleich zur Parabolantenne, anstatt sich teuer verkabeln zu lassen ...

HK: ... andererseits ändert die Alternative Verkabelung oder Satellitenempfang nichts an der großen Entwicklungsrichtung, nämlich der Vermehrung und Qualitätsminderung der Programme ...

Hilf: Dennoch glaube ich, daß man durchaus andere Möglichkeiten gehabt hätte, die – wie ich finde – wirtschaftlich wie kulturell unselige Entwicklung aufzuhalten. Was hätte beispielsweise dagegen gesprochen, schärfere Ordnungsprinzipien bei der Zulassung zur Anwendung zu bringen? Diese Ordnungsprinzipien gibt es zwar auch heute noch auf dem Papier, aber sie müßten strenger angewandt und im Fall von Zuwiderhandlung müßte zu schärferen Sanktionen gegriffen werden. Bei Untersuchungen in Amerika wurde uns von Fachleuten gesagt: Wenn ihr den „worst case“ verhindern wollt, müßt ihr das „cross ownership“ verbieten, d. h. die Möglichkeit, daß mächtige Verlage sowohl als Fernsehanbieter als auch als Produzenten tätig werden. Sonst kommt es unweigerlich zu der nicht nur kartellrechtlich, sondern auch politisch, wirtschaftlich und kulturell problematischen Entwicklung, daß von der Vermehrung der Programme letztlich nur zwei, drei mächtige, international operierende Blöcke übrig bleiben. Genau das ist eingetreten.

„Fernsehen ist ein Massen-Medium“

HK: Mitte der 80er Jahre warnte man vor Knebelbedingungen, die den „Neuen“ keine reelle Chance geben würden ...

Hilf: Zunächst konnte man dafür noch Verständnis haben. Da war dann von den „zarten Pflänzchen“ der Meinungsfreiheit die Rede, die man hegen und pflegen wolle. Obwohl auch das bereits eine große Heuchelei war. Die Großzügigkeit, mit der man diese Entwicklung zuließ, entsprang der Angst vor den großen Verlagen. Die Verlage argumentierten, der Rundfunk werde einmal der lokalen, regionalen wie auch der überregionalen Presse die nötigen Werbeeinnahmen streitig machen. „Schon aus Gründen unserer wirtschaftlichen Existenz müssen wir auf diesem Mediensektor tätig sein“, hieß es. Diese damals an die Wand gemalte Entwicklung ist nie eingetreten.

HK: Dreh- und Angelpunkt solcher Prognosen ist die voraussichtliche weitere Entwicklung des Werbemarktes. Ist dieser Markt tatsächlich immer weiter vergrößernbar, wie es zuweilen den Anschein hat? Könnte sich die Werbung nicht eines Tages aufgrund ihrer schiereren Menge selbst neutralisieren?

Hilf: Unter den wirtschaftlichen Bedingungen der gegenwärtigen Rezessionslage entsteht ein neuer Werbemix. Zudem wird die Werbung zunehmend problematisiert. Einmal wegen

des Überflusses an Werbung im Markt. Der Zuschauer ist es leid, Programme zu sehen oder zu hören, die ständig von Werbung unterbrochen werden. Gleichzeitig wird an sich aber auch über die geringe Effektivität der Fernsehwerbung deutlicher klar – nicht nur weil sie aus quantitativen Gründen Überdruß erzeugt, sondern weil sie so banal geworden ist. Die Wirkungsforschung hat gezeigt, daß die Zuschauer umschalten, sobald die Werbeinseln erscheinen.

HK: Schlägt bei dieser Einschätzung des Werbemarktes nicht doch allzu sehr Ihr Herz für die öffentlichen Anstalten durch?

Hilf: Den großen Werbeboom, den man für Deutschland prognostiziert hatte, gerade auch an Hand von internationalen Vergleichen, in denen Deutschland Ländern wie Italien, aber auch Frankreich gegenüber zurücklag, wird es so nicht geben, davon bin ich fest überzeugt. Natürlich ist dies auch mein Wunsch. Innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bin ich immer für eine lediglich geringe Öffnung nach 20 Uhr für die Werbung eingetreten. Nicht nur, weil wir erhebliche Einbrüche in der Funkwerbung haben, sondern vor allem auch, weil die Milliarden, die von den Werbekunden ausgegeben werden, für Sinnvolleres ausgegeben werden sollten, denn eine Qualitätssteigerung beim kommerziellen Rundfunk durch die immensen Werbeeinnahmen kann ich nicht feststellen.

HK: Eine wichtige Veränderung auf dem Fernsehmarkt, aber im Grunde im gesamten Rundfunksektor, besteht gegenwärtig darin, daß sich die Machtbalance gewissermaßen von der Angebots- auf die Nachfrageseite verlagert hat, vom Rundfunkveranstalter auf den Rundfunkrezipienten. Mit Hilfe von Fernbedienung und Video mixt dieser sich sein individuelles Programm zusammen. Hat Deutschland also endlich das Fernsehen, das es verdient, im Guten wie aber vor allem auch im Schlechten?

Hilf: So könnte man es durchaus sehen. Fernsehen ist tatsächlich – und das ist durchaus nicht so selbstverständlich, wie es jetzt vielleicht klingt – ein Massen-Medium.

HK: Das hört sich so an, als hätte das Fernsehen in Deutschland erst unter dem Druck der privaten Konkurrenz lernen müssen, das zu sein, für das man es zumindest theoretisch immer hielt, was es aber selbst nicht wahrhaben wollte: ein Kommunikationsmedium für die Massen ...

Hilf: Das hat mit der Monopolstellung zu tun, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk lange innehatte. In dieser Zeit entwickelten sich nicht nur Strukturen, die sich als unwirtschaftlich herausgestellt haben. Auch der Einsatz der Mitarbeiter läßt in den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten nicht selten zu wünschen übrig. Die Schwierigkeit hat mit der besonderen Lage der öffentlich-rechtlichen Anstalten zu tun: Auf der einen Seite sind sie auf die Einschaltquoten wegen der Finanzierung durch Gebühren nicht angewiesen, auf der anderen Seite müssen sie auch dem Unterhaltungsbedürfnis des Gebührenzahlers entgegenkommen. Und im übrigen würde der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Legitimation verlieren,

wenn er keine Reichweiten mehr hat. Der Gebührenzahler, der nicht an Politik, Bildung, Kulturellem interessiert ist, würde sonst fragen, wofür bezahle ich das eigentlich, wenn ich nicht beispielsweise am Samstag abend die große qualitätvolle Unterhaltung geboten bekomme, wenn ich nicht samstags meine Fußballshow habe. Dieser Spagat ist auszuhalten.

„Mit ausschließlich anspruchsvollen Programmen kann man keine Reichweiten erzielen“

HK: Die amerikanische Situation eines auf Minderheitsinteressen begrenzten öffentlichen Fernsehprogramms ohne Werbung einerseits und breiter werbefinanzierter Massenprogramme andererseits halten Sie also für kein nachahmenswertes Vorbild für Deutschland. Warum eigentlich? Immerhin wäre damit das leidige Gebührenproblem vom Tisch. Und bestimmte qualitätsvolle Programme hätten durchaus eine Chance, wenn auch nur in einem öffentlich betriebenen Fernsehsystem. Auch inhaltliche Vielfalt bliebe durchaus erhalten: Man würde lediglich von einem binnenpluralen zu einem außenpluralen System übergehen.

Hilf: Von einer solchen Lösung würde ich dringend abraten. Gerade in unserer schwierigen politischen, auch weltpolitischen Situation scheint mir der Auftrag der „Grundversorgung“ mit sowohl politischer Information als auch Bildungs- und Unterhaltungsangeboten zu wichtig zu sein, als daß man dies wirklich nur dem freien Spiel des Marktes überlassen sollte. Ich halte den Rundfunk – ich nehme hier Hörfunk und Fernsehen zusammen – für insgesamt zu wichtig für die Bürger, als daß man denjenigen, die es sich ohnehin leisten können, ein qualitativvolles Angebot macht, während man die große Menge der Zuschauer Programmen überläßt, die sich auf Inhalte beschränken, die als reichweitenträchtig gelten.

HK: Ein Vorwurf, der gegenwärtig den öffentlich-rechtlichen TV-Programmen gegenüber erhoben wird, lautet: Warum besinnt ihr euch nicht auf die Stärken, die euch schon auf Grund eurer andersgearteten finanziellen Basis von den Privaten unterscheiden, anstatt das von den Privaten vorgegebene niedrigere Niveau nachzuahmen?

Hilf: Ich halte diesen Vorwurf für unberechtigt. Ich räume ein, daß gewisse Verschiebungen in der Programmstruktur stattgefunden haben und daß es den einen oder anderen seichten Ausrutscher gab. Der Anteil an Informationssendungen, an Dokumentation und kulturellen Sendungen hat jedoch nicht abgenommen. Insbesondere, wenn man das Gesamtangebot sieht: Die Dritten Programmen gehören mit zu unserem Angebot. Für manche Landesanstalt ist das Dritte Programm sogar das wichtigere Programm. In unserem öffentlich-rechtlichen Auftrag haben wir nicht nachgelassen. Dieser falsche Eindruck entsteht im übrigen dadurch, daß die privaten Sender aufgrund ihrer großzügigen Finanzierungen Protagonisten des öffentlich-rechtlichen Systems einkaufen,

die wir „gepflegt“, ausgebildet und propagiert haben. Nicht nur Entertainer, sondern auch andere.

HK: Zeigt dies aber nicht auch, wie begrenzt der Markt an kreativen Personen und Produktionen ist – eine Tatsache, die die technologische Entwicklung zu verdecken scheint?

Hilf: Für mich liegt darin geradezu ein Hoffnungsschimmer: Gegenwärtig kommt fast jeden Monat ein neues Programm dazu. Im europäischen Raum müssen wir um die Mitte dieses Jahrzehnts mit 120 bis 150, allein im deutschsprachigen Raum mit rund 50 Programmen rechnen. Diese Entwicklung wird eines Tages von selbst implodieren. Das sieht man jetzt schon an den Schwierigkeiten, die private Fernsehveranstalter haben. Von den Spartenkanälen wird sich jeweils nur einer halten können: Nachrichten, Sport, Kultur. Da wird eine ganz natürliche Grenze eintreten – nicht nur in bezug auf die Wirtschaftlichkeit, sondern auch auf Grund des Zuschauerverhaltens. Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß soviel Software trotz eines boomenden Produktionsmarktes entstehen kann.

HK: Warum haben dann aber die öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Vervielfältigung der Programme selbst kräftig mitgemacht: 3sat, 1 plus, das deutsch-französische Programm „Arte“, die Besetzung neuer Sendeplätze im Laufe des Tages wie z. B. dem Frühstückfernsehen, der Ausbau von Dritten Programmen zu Vollprogrammen. Expandiert man nur, um Sendeplätze zu besetzen, die man eines Tages bei einer Marktberäumung als Verhandlungsmasse einbringen kann?

Hilf: Sicher spielen solche Überlegungen auch eine Rolle, nach der Devise: „Bevor es andere machen, machen wir es.“ Aber der wichtigste Faktor war dabei das Anliegen, die Grundversorgung sicherzustellen, wie auch immer sie definiert wird. Grundversorgung bedeutet jedenfalls keine statische, sondern eine zu entwickelnde Versorgung mit den wesentlichen Angeboten, die ein Rundfunksystem anzubieten hat, insbesondere eines, das durch Gebühren finanziert wird. Nun kann man sich fragen: Gehört Unterhaltung und Sport zum Auftrag des öffentlich-rechtlichen Systems bzw. zur „Grundversorgung“? Ich würde dies bejahen. Mit ausschließlich anspruchsvollen Programmen kann man keine großen Reichweiten erzielen – bestimmte Mindestreichweiten sind andererseits unverzichtbar. Ich wehre mich auch gegen das Argument – jedenfalls trifft dieser Einwand nicht auf unser Drittes Programm im Südwesten zu –, daß die Dritten Programme konkurrierende Vollprogramme seien. Es sind alternative Programme zum Ersten und Zweiten Programm, die ihre Schwerpunkte im regionalen und kulturellen Bereich haben.

HK: Worin wird langfristig überhaupt das Spezifikum der öffentlich-rechtlichen Anstalten bestehen? Jetzt, wo die Privatsender schwarze Zahlen schreiben, wäre es doch immerhin theoretisch denkbar, daß diese stärker auch in neue und aufwendigere Eigenproduktionen investieren und damit den öffentlich-rechtlichen Anstalten auf den Gebieten Konkurrenz machen, wo diese immer noch ihre deutlichen Stärken besitzen?

Hilf: Das wird nicht eintreten. Sieht man einmal von einigen wenigen Alibiproduktionen ab, sind die großen Produktionen von der gleichen, massenattraktiven Art wie auch das übrige Programm.

HK: Aber muß das ausschließen, daß sich dies in Zukunft im Maße der wirtschaftlichen Konsolidierung und weiteren Etablierung der Privatsender nicht auch ändern könnte?

Hilf: Ich glaube nicht an eine solche Entwicklung. Kommerzielles Fernsehen muß an großen Reichweiten interessiert sein. Und große Reichweiten sind nur zu erzielen, wenn man sich in dem Niveau nach unten begibt, wenn man skandalisiert, rabiatisiert, oder je nach Genre trivialisiert. Daher auch die Entwicklung zu einem „Anschreijournalismus“, wie wir ihn bisher nicht kannten, zu „reality tv“ u. a. Diese Entwicklung wird durch die Marktgesetze diktiert, und das ist die einzige und auch zugegebene Orientierung für kommerziellen Rundfunk.

„Die Fernsehzuschauer sind die seichten Programme leid“

HK: Bei der Bestimmung des zukünftigen Programmangebots der öffentlich-rechtlichen Anstalten gehen Sie wie selbstverständlich von dem Kriterium der vom Fernsehen zu erbringenden Integrationsleistung aus. Wird es aber nicht heute angesichts des Trends zu massenattraktiven Programmen, der zu erwartenden Fülle an Programmangeboten und der Fernsehgewohnheiten („zapping“, Video) zunehmend obsolet, Integration einzufordern?

Hilf: Es ist noch nie ernsthaft die Grundsatzfrage gestellt worden, welchen Beitrag das Fernsehen für unsere gesellschaftliche, demokratische und wirtschaftliche Entwicklung leistet ...

HK: Gilt nicht im Grunde ähnliches für das, was man „Grundversorgung“ nennt? Wollen heutige Medienkunden überhaupt „grundversorgt“ werden?

Hilf: Zu dieser Überlegung kommt man dann, wenn man davon ausgeht, daß das Programmangebot immer mehr eine Frage des Bedürfnisses, der Nachfrage und immer weniger des Angebots ist. Schon durch die Fülle hat sich das Angebot selbst bereits so relativiert, daß es so aussieht, als bräuchte man darüber keine sonderlichen ordnungspolitischen Vorstellungen mehr zu entwickeln. Trotzdem halte ich diesen Weg für falsch, und zwar wenn man bedenkt, welche Bedeutung für das soziokulturelle Klima diesem „Nebenmedium“ immer noch zukommt – trotz der Fülle des Angebotes und trotz der teilweise geringen Wirkung. Gewisse ordnungspolitische Überlegungen sollten daher mit diesem Medium unbedingt verbunden bleiben.

HK: Inwieweit ist denn überhaupt davon auszugehen, daß die heute feststellbaren Trends auf mittlere Sicht sich so fort-schreiben? Wäre es nicht vorstellbar, daß gegenüber der Pro-

grammfülle und der damit einhergehenden minderen Programmqualität auch so etwas wie Ernüchterung einsetzt?

Hilf: Daß dies eintritt, hoffe ich nicht nur, sondern ich bin mir ziemlich sicher, daß es dazu kommen wird. Die Zuschauer sind, wie mir scheint, die seichten Programme bereits leid. Die Chance für ein anspruchsvolles, verantwortungsvolles Rundfunkprogramm wird wieder kommen. Diese Entwicklung zeigt sich auch schon in Amerika. Dort gewinnt „Public Television“ immer mehr an Bedeutung. Insofern meine ich auch, daß wir recht daran tun, wenn etwa eine Sendeanstalt wie der Südwestfunk an ihrem zweiten Hörfunkprogramm und dem Dritten Fernsehprogramm festhält, selbst wenn die Reichweiten über wenige Prozente nicht hinausgehen.

HK: Um das Ansehen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten steht es nun andererseits aus mancherlei Gründen nicht zum Besten – in dieser Hinsicht könnte man sie geradezu mit den Parteien und den Kirchen vergleichen. Hängt vieles, was die vielkritisierte üppige personelle Ausstattung der öffentlich-rechtlichen Anstalten angeht, nicht schlicht mit ihrem juristischen Status zusammen?

Hilf: Das ist das Problem. Die zahlreichen bürokratischen, normativen Auflagen, die uns als öffentlich-rechtliches System auferlegt sind, machen uns das Leben schwer. Vielerlei gesetzliche Auflagen Mitbestimmung, Vergaberichtlinien, arbeitsrechtliche Bestimmungen – alles das ist stark an den Bestimmungen für den Öffentlichen Dienst ausgerichtet. Das alles ist unwirtschaftlich. Wir müssen nicht nur Transparenz gegenüber den Parlamenten herstellen, wir unterliegen mehrfachen Prüfungen – das beansprucht einen Teil unserer Mitarbeiterschaft, auf den wir unter allein wirtschaftlichen Gesichtspunkten verzichten könnten. Andererseits macht gerade diese Transparenz auch durchaus Sinn. Man sagt: Ihr seid gebührenfinanziert; dann müßt ihr auch anders als ein Wirtschaftsunternehmen für Transparenz sorgen und euch Kontrollen gefallen lassen.

HK: Heißt das, solange es bei den öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen bleibt, bleibt alles so, wie es ist?

Hilf: Keineswegs. In dem Ausmaß, wie diese aufwendigen Prüfungsverfahren bis heute vorgenommen werden, halte ich sie für nicht notwendig. Hier kann abgebaut werden. Ob das der Gesetzgeber und vor allem die Gewerkschaften, die in diesem Zusammenhang übrigens eine starke Rolle spielen, im einzelnen mitmachen, weiß ich allerdings nicht.

HK: Könnte nicht gerade innerhalb der ARD einiges an unwirtschaftlichen Kapazitäten abgebaut werden, ohne daß sich dies notwendigerweise auf die Qualität des Programms auswirken muß, wenn man bedenkt, wie sehr in vielen Bereichen Kapazitäten gleich mehrfach vorhanden sind? Mehr Arbeitsteilung müßte kein Nachteil sein ...

Hilf: Verschlankungen sind hier sicher möglich und auch nötig. Man muß nicht die große Unterhaltung in allen elf Lan-

desanstalten von Saarbrücken bis Köln machen. Aus Gründen der eigenen Autonomie und Profilierung der Sendeanstalten ist hier in der Zeit des Monopols manches entstanden, auf das sich müheles verzichten ließe. Hier muß eine Bereinigung vorgenommen werden, und manches ist auch bereits im Gange. Der Schwerpunkt der Landesanstalten wird sich in den Dritten Programmen zeigen müssen, während für das Erste Programm Schwerpunkte gebildet werden sollten. Es kann nicht jede Anstalt auf jedem Gebiet etwas zum Ersten und zu den Dritten Programmen beitragen.

„Der Schlüssel des Problems: Wer setzt die Gebühren fest?“

HK: In Verruf gekommen sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten darüber hinaus wegen des starken Parteeinflusses. Seit langem wird dieser kritisiert – aber es geschieht wenig. Wie soll eigentlich auf Dauer der Parteeinfluß zurückgedrängt werden, wenn die Politiker selber darüber beschließen müßten, daß ihr Einfluß sinkt?

Hilf: Der Schlüssel zur Lösung des Problems scheint mir die Frage zu sein: Wer setzt die Gebühren fest? Damit ist die Abhängigkeit zur Politik gegeben. Beim Bundesverfassungsgericht liegt ein Vorlagebeschluß des Bayrischen Verfassungsgerichtshofs, nach dem die Gebührenfestsetzung durch die einzelnen Landesparlamente nicht gerechtfertigt ist, weil sie eine zu große Abhängigkeit von Politik und öffentlich-rechtlichem Rundfunk schafft. Die Frage ist noch nicht entschieden. Das Bundesverfassungsgericht hat mehr als ein Drittel der Rundfunkgesetze für unzulässig erklärt, da sie immer noch feste politische Mandate ausweisen.

HK: Könnte nicht eine direkte Wahl der Rundfunkparlamente durch die Bürger bzw. die Gebührenzahler ein Ansatz zur Lösung dieser Schwierigkeiten sein?

Hilf: Davon halte ich nichts. Das plebiszitäre Element hilft nicht weiter. Das entscheidende Problem ist, daß von der Politik immer wieder versucht wird, sich die Rundfunkgesetze je nach der jeweiligen Mehrheit zurechtzuschneiden.

HK: Nutzen eigentlich die sogenannten „Grauen“ in den Rundfunkparlamenten, unter ihnen die Kirchen, die ihnen zustehenden Möglichkeiten, um hier gegenüber der Politik unabhängige Gesichtspunkte einzubringen – auch als uneigennützig Makler zwischen den Parteien?

Hilf: Die „Grauen“ nutzen ihre Möglichkeiten entschieden zu wenig. Sie sind nicht die erhoffte neutralisierende oder dritte Kraft in den Rundfunkparlamenten. Das gilt nicht nur für die Kirchen – aber eben auch für sie. Gerade weil die Kirchen für sich ein ganz allgemeines Mandat in Anspruch nehmen, könnten sie diese Rolle besser spielen. Schon die Entsendung in diese Gremien wird nicht so von der Aufgabe her gesehen, wie dies der Sache nach notwendig wäre.